

Valentin Zsifkovits

Politik mit Moral!

Kompensatorisches, eigene Greuel- und Schandtaten überdeckendes Moralisieren, heuchlerisches Moralisieren, das Fehler anderer breit darstellt und eigene geflissentlich übersieht, der Rausch der reinen Werte und Worte¹, der sich am Verbalisieren von Werten ergötzt, die Umsetzung der Werte aber nicht ins Auge faßt, oder gefährliche Vereinfachungen im Namen der Moral verstärken den Ruf nach Entmoralisierung² des Politischen. Die zwischen Politik und Moral herrschenden Spannungen können aber schon um des Wohls des Menschen willen nicht durch Zerschlagung des Zusammenhangs von Politik und Moral gelöst werden, sondern nur durch einen sachgemäßen Umgang mit den gegebenen Spannungen.

Spannungsfelder und Gebote politischer Moral

Im folgenden soll versucht werden, zehn Spannungsfelder zwischen Politik und Moral aufzuzeigen, aus einer Analyse adäquate Möglichkeiten zur positiven Austragung dieser Spannungen zu gewinnen und bei jedem Spannungsfeld ein entsprechendes Gebot zu formulieren³. Dabei können in diesem Rahmen die Spannungsfelder und konkrete Wege der Spannungsminderung nur kurz behandelt werden. Die Rede von den Spannungsfeldern will bewußt auch der gefährlichen Skandalisierung oder sogar Verteufelung der Politik entgegenwirken.

1. Das erste Spannungsfeld läßt sich mit den Begriffen *Partikularinteressen* – *Gemeinwohlinteresse* überschreiben. Politik ist von Interessen, vornehmlich von Einzel- und Gruppen- bzw. Parteiinteressen, also von Partikularinteressen, bestimmt; Moral, auch politikbezogene Moral, betont den Vorrang des Gemeinwohls.

Daraus resultiert eine Spannung. Wenn man die Lebenswirklichkeit der Menschen etwas studiert, dann entdeckt man folgendes: Was die Menschen in erster Linie treibt und bewegt, das ist nicht das Gemeinwohl, sondern das sind ihre Eigeninteressen. Wenn man im Leben, auch im politischen Leben, etwas verbessern will, dann muß man das Faktum des Interesses zur Kenntnis nehmen und gelten lassen, man darf es nicht von vornherein als egoistisch diskriminieren. Die eigentliche Frage ist die, wie die Interessen aller vereint und befriedigt werden können, wie das Interesse des einen mit den Interessen aller anderen und mit

dem Gemeinwohlinteresse auf einen Nenner gebracht werden kann. Dies ist und bleibt Aufgabe und Kunst der Politik, die als interessengeleiteter Kampf um die rechte Ordnung mit Mitteln der Macht definiert werden soll. Dabei zeigt uns die Politik der Vergangenheit und Gegenwart zur Genüge die große Gefahr, daß Eigeninteressen der einen, der eigenen Gruppe, der eigenen Partei vor den gemeinsamen Interessen aller verwirklicht werden.

Die politische Theorie und auch die politische Praxis haben sich aber sehr wohl ein Gespür dafür bewahrt, daß dies eigentlich nicht so sein soll, sondern daß vielmehr der Vorrang der Gemeinwohlinteressen gelten soll. Ich erblicke einen Hinweis darauf in der Tatsache, daß man ja offiziell die Abgeordneten im Parlament nicht Interessenvertreter, sondern Volksvertreter nennt. Auf Egoismus kann man eben keine menschenwürdige Gesellschaft aufbauen, weil das egoistische Verfolgen von Partikularinteressen die gemeinsame Basis als Voraussetzung der Existenz und der Realisierung auch von Eigeninteressen zerstört. So ist es also im wohlverstandenen Eigeninteresse gelegen, dem Gemeinwohlinteresse einen gewissen Vorrang zu schenken. Dazu ist auch ein Offenlegen der Interessen in der Politik und ihre Aufdeckung vonnöten.

Das erste Gebot lautet also: Vereine das Eigeninteresse mit dem Gemeinwohlinteresse!

2. Das zweite Spannungsfeld läßt sich dahingehend charakterisieren, daß Politik von der *Macht in ihren verschiedensten Formen*, auch den brutalen, bestimmt ist, daß hingegen in der Ethik bzw. der Moral andere Werte dominieren, nämlich *Freiheit, Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit, Liebe und Frieden*.

In der Politik ist die Macht ernst zu nehmen: Ohne Macht keine Politik. Dabei ist Macht selbstverständlich nicht mit Gewalt gleichzusetzen; es sind edle Formen und brutale Formen der Macht zu unterscheiden, wobei zu den edlen Formen etwa die Macht der Vernunft, die Macht des Arguments, die Macht des guten Beispiels und dergleichen zählen, zu den brutalen Formen eben die Gewalt. Gerade im Blick auf die eigenen Interessen muß man verstehen, daß die Macht ein Faktum ist, welches nicht zu übersehen und wegzuleugnen ist. Macht ist ein Mittel, sein Interesse durchzusetzen. Dazu kommt noch, daß die Macht eine gewisse Eigendynamik der Machterhaltung und der Machtentfaltung entwickelt. Macht als die Chance des Durchsetzens des eigenen Willens übt für manche Menschen eine kaum zu widerstehende Faszination aus. Für einen, der einmal die Macht genossen hat, der im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Interesses stand, ist es schwer, sich zurückzuziehen, in den Ruhestand zu treten, aus einem umschwärmten und einflußreichen Politiker zu einem unbeachteten, einflußlosen Ruheständler zu werden. Der Machterhaltung und Machtentfaltung muß sich dabei so manches unterordnen, in vielen Fällen auch die Moral.

Wie ist nun dieses Spannungsfeld aufzulösen? Dies geschieht vor allem dadurch, daß man die Macht und damit die Verantwortung teilt, daß man entspre-

chende Kontrollen der Macht institutionalisiert, und nicht zuletzt dadurch, daß man die brutalen Formen der Macht, nämlich die Gewalt, durch die edlen Formen der Macht ersetzt, zum Beispiel durch die Macht des Arguments, durch die Macht des guten Beispiels, durch die Macht der Willenseinigung. Wichtig erscheinen weiter das Bewußthalten der Gefahr des Machtmißbrauchs, die Bindung der Macht an das Recht und die ständige kritische Überwachung der Machttträger.

Das zweite Gebot lautet also: Strebe nach Macht, stelle sie aber in den Dienst der Gerechtigkeit und der Liebe!

3. Das dritte Spannungsfeld läßt sich kurz durch den Satz charakterisieren: In der Politik zählt der *Erfolg*, in der Moral hingegen die *Treue zum Gewissen*.

Daß in der Politik der Erfolg zählt, ist offensichtlich. Das zeigt sich auf den verschiedenen Ebenen und Feldern der Politik. So wird zum Beispiel der Wahltag mit seinem Wahlsieg oder der Wahlniederlage zum Zahhtag und zum Schicksalstag für Politiker und Parteien in den Demokratien. Das Problem liegt nun darin, daß sich ein politischer Erfolg bei näherem Zusehen allzuoft als egoistischer Nutzen von einzelnen oder Gruppen auf Kosten und Schaden anderer einzelner, anderer Gruppen oder künftiger Generationen und damit als gegen das Gemeinwohl gerichtet entpuppt und daß ein solcher politischer Erfolg allzuoft erzielt wird mit verbrecherischen, perfiden und ethisch abzulehnenden Mitteln, zum Beispiel mit Lügen verschiedenster Art und verschiedenster Grade, mit Korruption verschiedenster Stufen und mit Mord verschiedensten Ausmaßes, vom Einzel- bis zum Massenmord. Mit anderen Worten: Der politische Erfolg und der Weg dorthin sind mitunter ethisch verwerflich oder zumindest bedenklich. Langfristig betrachtet sind ja solche Erfolge sowieso keine Erfolge.

Die Bedeutung des *Gewissens* als Barriere gegen solche problematischen Erfolge erkennt man interessanterweise auch aus der Tatsache, daß politische Verbrecher vom Gewissen gewöhnlich nicht viel halten. In diesem Zusammenhang gibt der Ausspruch Hermann Görings zu denken, wenn er sagte: „Ich habe keine Gewissen! Mein Gewissen heißt Adolf Hitler.“⁴

Die Mobilisierung des Gewissens als des Anwalts einer menschenwürdigen und menschengerechten Moral muß in mehrere Richtungen zielen. Zunächst einmal muß die Erziehung allgemein und die sozialetische Erziehung speziell als Erziehung zur Gewissenstreue und Gewissensverantwortung auf breiter Basis erfolgen. Damit verbunden muß zum Gewissen ermutigt werden, was speziell notwendig ist angesichts der sich leicht zu drehen beginnenden sogenannten Schweigespirale⁵, nach welcher allzuleicht die Anliegen des Gewissens schweigen oder zum Schweigen gebracht werden. Zwecks Sicherung und Förderung der Gewissensfreiheit und Gewissensverantwortung in der Politik muß auch der in manchen Verfassungen verankerte Schutz der Gewissensfreiheit der Abgeordneten ausgebaut und abgesichert werden. Man darf in diesem Zusammenhang

nicht vergessen, daß die Würde des Parlaments und anderer Abgeordnetenversammlungen letztlich nur zu begründen ist von der Gewissenhaftigkeit der Abgeordneten her. Der Gewissenhaftigkeit und der Rolle des Gewissens im politischen Leben dient sodann vor allem das Bemühen, durch das Zeugnis der Taten und vor allem durch das Zeugnis der Übereinstimmung bzw. Korrespondenz von Worten und Taten glaubwürdig zu sein und zu bleiben. Dem Gewissen in der Politik können schließlich auch die Massenmedien als die wichtigsten Artikulatoren der öffentlichen Meinung sowie Einzelpersönlichkeiten als moralische Autoritäten Geltung verschaffen.

So läßt sich als drittes politisches Gebot formulieren: Suche den Erfolg, verrate aber dabei nicht dein Gewissen!

4. Das vierte Spannungsfeld läßt sich mit der Formulierung umschreiben: In der Politik herrschen oft die *Feindbilder* vor, die Ethik bzw. die Moral, speziell die christliche, betont die *Verpflichtung zur umfassenden Liebe, zur Geschwisterlichkeit und zum Frieden* als zentralen, politischen Imperativ.

Daß die Politik ein besonderes „Exerzierfeld“ für Feindbilder verschiedenster Art ist, zeigt bereits ein Blick in die Geschichte der Staaten und ihrer internationalen Beziehungen als einer Geschichte voll von Kriegen mit ihren Tendenzen zur Bekämpfung und Vernichtung der Feinde. Die Problematik und Tragik der Feindorientierung und Feindfixierung liegt vor allem darin, daß sich dadurch auch in der Politik eine Spirale der Inhumanität und der Dehumanisierung in Gang setzt, die in ihrer Konsequenz in der Vernichtung der Menschen endet.

Der Dynamik solcher Vernichtungsspiralen muß entschlossen entgegenge wirkt werden, und zwar eben durch die in der Moral bzw. der Ethik artikulierten Leitwerte der umfassenden Liebe, der umfassenden Brüderlichkeit und des umfassenden Friedens. Es bedeutet schon einen Fortschritt, wenn man den Begriff und das Bild des Feindes immer mehr durch den Begriff und das Bild des Gegners ersetzt. Der Feind bedroht ja in totaler Weise die eigene Existenz, der Gegner gefährdet nur partiell das Eigene. Den Feind will man besiegen, vielfach sogar vernichten, mit dem Gegner schließt man eher einen Kompromiß. Dem Gegner gegenüber ist es leichter und wahrscheinlicher, die für die Politik als ein Kampffeld so wichtigen Spielregeln der Fairneß einzuhalten. Eine weitere stufenweise Entspannung vom Feindbild und eine Annäherung an das Leitbild der Geschwisterlichkeit besteht darin, daß man bereit ist, das Gute beim politischen Gegner anzuerkennen und die Fehler in den eigenen Reihen zuzugeben. Zwecks Abbaus der Spannung zwischen Feindbild und brüderlichem Leitbild wird es aber auch notwendig sein, daß solche Umkehrprozesse auf möglichst vielen Ebenen einzelmenschlicher, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Existenz in Gang gesetzt werden.

Das vierte politische Gebot lautet demnach: Sieh im Gegner und Feind mögliche Schwestern, Brüder und Freunde!

5. Das fünfte Spannungsfeld läßt sich so formulieren: In der Politik bestimmt oft der Gegner die Gangart, dies führt mitunter zur *Grenzmoral* und zur *Abschwächung der Moral*, die Moral hingegen ist als *hohe Zielmoral* mit realitätsgemäßen Stufenimperativen konzipiert.

Es war Götz Briefs⁶, der in seiner Theorie der Grenzmoral die Dynamik der Moral nach unten samt der damit verbundenen moralischen Auflösung beschrieb. Von Götz Briefs ursprünglich auf wirtschaftlichem Gebiet beobachtet, läßt sich das Wirken des Gesetzes der Grenzmoral mit dem erwähnten Schema der moralischen Zersetzung und Auflösung grundsätzlich in allen Lebensbereichen feststellen, nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der Politik. Auch hier ist immer wieder der Druck zur Grenze und der Druck auf die Grenze am Werk, auch hier wird immer wieder probiert, ob die Grenzen der bisherigen Moral nicht weiter gesteckt werden könnten nach der Regel: „Wo die Prämie auf absinkendes Ethos steht, setzt sich *ceteris paribus* das niedere Ethos durch.“⁷

In der Strategie der Gegensteuerung gegen solche Zersetzung und Auflösung politischer Moral muß zunächst im Bewußtsein möglichst vieler Menschen auf das Phänomen und die Wirkweise der Grenzmoral und vor allem auf ihre Schädlichkeit und Gefährlichkeit für das allgemeine Wohl und damit für das Wohl der einzelnen aufmerksam gemacht werden. Es muß bewußtseinsmäßig und bewußtseinspolitisch der Grenzmoral ihre Attraktivität genommen werden. Dabei gilt es daran zu erinnern, daß die Goldene Regel als Prinzip der Gegenseitigkeit fundamentale und unaufgebbare Grundlage menschenwürdigen Zusammenlebens ist. Da die Grenzmoral die Kreditwürdigkeit untergräbt, muß sodann die werbende Kraft und die Attraktivität der Kreditwürdigkeit herausgestellt und mobilisiert werden. Als Gegengewicht zu einer egoistischen Grenzmoral nach unten müssen ferner Pioniere einer Grenzmoral nach oben auch in der Politik gefördert, ermuntert und favorisiert werden, also Personen, welche die bisherige politische Durchschnittsmoral nach oben überschreiten wollen, müssen politische Bewegungen bis hin zu Neugründungen von politischen Parteien in diese Richtung unterstützt werden, müssen vor allem bei politischen Wahlen Pioniere der aufbauenden und positiven Grenzmoral politisch belohnt und die Wegbereiter der egoistischen und abbauenden Grenzmoral politisch bestraft werden.

Als fünftes politisches Gebot läßt sich dann formulieren: Widerstehe der Grenzmoral nach unten, und vergiß nicht die Möglichkeit einer Grenzmoral nach oben!

6. Ein weiteres Spannungsfeld von Politik und Moral liegt darin, daß die Politik ein besonderer Tummelplatz für *Vorurteile*, *Verschleierungen* sowie verschiedene Formen von *Halbwahrheiten* und *Lüge* ist, die Moral aber von der *Wahrheit*, der *Wahrhaftigkeit* und der *Ehrlichkeit* lebt.

Schon die Bestimmung der Politik als besonderes Exerzierfeld für Machtinteressen legt die Vermutung nahe, daß solchen Machtinteressen vieles, auch Ehr-

lichkeit, Wahrhaftigkeit und Treue allzuoft geopfert wird. Übrigens genügt eine Erinnerung an die vielen erlebbaren Lügen im Alltag, um diese Vermutung zu erhärten, weil ja nicht zu erwarten ist, daß auf dem doch etwas härteren Feld der Politik die Wahrhaftigkeit dominieren wird, wenn im Alltag der Durchschnittsmenschen die Lüge keinen geringen Raum einnimmt.

Eine der Wahrheit und der Würde des Menschen verpflichtete Politik wird vieles zu beachten haben. Zunächst einmal wird sie sich in Erinnerung an die vielen „heiligen“ oder besser gesagt „unheiligen“ Religions- und sonstigen Kriege und Kreuzzüge der Geschichte, die im Namen einer vermutlich letztgefundenen Wahrheit stattgefunden haben, einer gewissen Problematik der Beziehung von Politik und Wahrheit entsinnen. So wird man sich um eine im gewissen Sinn wahrheitsdistanzierte, aber doch der Wahrheit verpflichtete Politik bemühen. Eine solche Politik wird sich nicht anmaßen, Wahrheit politisch dekretieren zu können. Vielmehr wird sie möglichst viele Freiräume belassen, schaffen und fördern, in denen möglichst viele einzelne und Gruppen erfolgreich die Wahrheit suchen, sich ihr nähern und über sie einen befruchtenden Dialog führen können. Eine solche Politik wird also die so im vorpolitischen Raum konkret erfaßte Wahrheit respektieren und sich ihrer bedienen.

Eine zwar wahrheitsdistanzierte, aber doch wahrheitsorientierte und damit menschengerechte Politik wird auch nicht der Versuchung erliegen, in der Vermittlung irdischer Wohlfahrt die Menschen mit dem letzten Heil samt den damit verbundenen letzten Heilswahrheiten beglücken zu wollen und damit zu einer Ersatzreligion zu werden.

Eine der Wahrheit und Würde des Menschen verpflichtete Politik wird über das bisher Gesagte hinaus vor allem darauf bedacht sein, es mit den Menschen als „Kunden des politischen Geschäfts“ wirklich ehrlich zu meinen und nicht in Parteiprogrammen und Parteireden ein Verbaltheater von Bekenntnissen zum Menschen aufzuführen, die in Wirklichkeit gar nicht ehrlich gemeint sind, auch nicht Politik als Dienst für die Menschen zu verkaufen, in Wirklichkeit aber nur Vorteile für sich und seine Partei- oder sonstige Freunde zu suchen.

Eine wahrheits- und menschengerechte Politik wird nicht zuletzt auch um eine Kultur der *politischen Sprache* bemüht sein müssen. Dabei wird man trachten, gefährliche Vereinfachungen, zu denen besonders auch die politische Sprache neigt, zu vermeiden bzw. zu überwinden.

Als sechstes politisches Gebot läßt sich so formulieren: Bleibe bei Reden und Versprechungen der Wahrheit treu!

7. Ein weiteres Spannungsfeld zwischen Politik und Moral ergibt sich aus der Tatsache, daß heutzutage die Politik in einem erheblichen Ausmaß von den *Massenmedien* vermittelt wird, daß dies aber auf Kosten einer moral- und damit menschengerechten Gestaltung der öffentlichen Ordnung zu gehen droht. Dadurch stehen *Sensation* und *Seriosität* oft in Spannung.

Die durch die Massenmedien vermittelte Politik sucht, betont und berichtet im überdurchschnittlichen Ausmaß das Außergewöhnliche, Sensationelle, dabei aber oft Unwesentliche, und vernachlässigt dabei die Seriosität, die im stillen und oft verborgenen zu leistende Kleinarbeit und das wirklich Wesentliche, das sich dem ersten Augenschein sehr oft entzieht. So kümmern sich Politiker in Erwartung entsprechender Medienaufmerksamkeit überdurchschnittlich um solch Außergewöhnliches, Sensationelles und oft Unwesentliches, aber auch die durch die Medien informierten Durchschnittsbürger bekommen ein falsches Bild davon, was in einer menschengerechten Politik wirklich zählt, bedeutsam und wesentlich ist.

Worauf es für eine zufriedenstellende Lösung dieser Problematik vor allem ankommen wird, das ist die Fähigkeit der politischen Berichterstatter, Wesentliches interessant zu präsentieren, sodann die Fähigkeit und die Bereitschaft der politischen Funktionäre, die geduldige Arbeit in kleinen Schritten als wesentlichen Beitrag zur Lösung politischer Aufgaben zu betrachten und verständlich zu machen, sowie ein genügendes Interesse und genügend Fähigkeiten der Konsumenten von Massenmedienprodukten und Politik, sich mit wesentlichen und längerfristigen Problemen und Problemlösungswegen der Politik auseinanderzusetzen.

Eine mit dem eben Gesagten zusammenhängende Problematik medienvermittelter Politik liegt darin, daß die Medien – besonders gewisse – in der politischen Berichterstattung zur *Vereinfachung*, darunter auch zur wirklichkeitsverzerrenden und sogar wirklichkeits„vergewaltigenden“ Vereinfachung tendieren, die politische Wirklichkeit hingegen sehr komplex ist und einer differenzierenden Betrachtung und Behandlung bedarf. Ein wichtiger und unverzichtbarer Partner im Widerstand gegen solche gefährlichen Vereinfachungen wird der auf medialen und politischen Märkten allseitig kritische Konsument sein, der die vereinfachenden, aggressiven und damit gefährlichen Pauschalierer rechtzeitig erkennt und entlarvt, ihnen die Gefolgschaft verweigert und die gewissenhaften, sorgsam und seriösen Recherchierer, Analysierer und Differenzierer durch Gefolgschaft ermutigt, unterstützt und belohnt.

Ein weiteres Problem medienvermittelter und medienabhängiger Politik liegt darin, daß die Massenmedien als wichtigste Artikulatoren der öffentlichen Meinung die politische Macht *kontrollieren* sollen, wozu sie naturgemäß auf das Vertrauen der Leser und Seher angewiesen sind, daß sie aber, um diese Funktion wirkungsvoll ausüben zu können, selbst einen Machtfaktor darstellen müssen und damit ihre Macht und das ihnen geschenkte Vertrauen mißbrauchen können, so daß sich die Frage stellt: „Wer kontrolliert die Kontrolleure?“ Eine befriedigende Lösung dieses Problems wird zu suchen sein in der „Gewaltenteilung“ der Massenmedien durch Förderung ihrer Pluralität, in ihrer Bindung an Recht und Gesetz, in der Etablierung und Forcierung einer wirksamen Selbstkontrolle, in

der Kultur des journalistischen Ethos und vor allem in der Aktivierung der kritischen Vernunft der Konsumenten der Massenmedienprodukte.

Als siebtes politisches Gebot läßt sich formulieren: Sei als Politiker medienfreundlich, aber nicht medienhörig, als Journalist medienverantwortlich, als Konsument medienkritisch!

8. Ein achttes Spannungsfeld zwischen Politik und Moral liegt darin, daß die Politik stark vom *System* bestimmt und geprägt ist, daß aber in der Moral *die Person und ihre Würde* zählen.

Politik als interessengeleiteter Kampf um die rechte Ordnung mit Mitteln der Macht beschäftigt sich wesentlich mit der Gestaltung des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, das politische Verhalten und Handeln von einzelnen und Gruppen wird aber auch in nicht unerheblichem Ausmaß vom jeweiligen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System geprägt. Im Idealfall sollte es kaum Diskrepanzen zwischen den Zielen des Systems und den Interessen der menschlichen Person und ihrer Würde geben. In der Realität gibt es je nach Art des jeweiligen Systems schwerere oder leichtere Spannungen bzw. Gegensätze zwischen beiden. Dies ist besonders dann leicht der Fall, wenn die „höheren Ziele“ des Systems nicht von den elementaren Bedürfnissen der einzelnen und der Gruppen, sondern von ideologischen Interessen der Herrschaftsquellen her definiert werden. Weil es bei politischen und politikrelevanten Systemen um Macht geht, liegt dann auch besonders die Versuchung nahe, die jeweils strukturierte Systemerhaltung zum Selbstzweck zu erheben bzw. als Selbstzweck zu betrachten auf Kosten einzelner Personen und auf Kosten von Gruppen, besonders von Minderheiten.

Eine Strategie zur Vermeidung und Überwindung menschenfeindlicher Systempolitik muß mit einer kritischen Prüfung politischer und politikrelevanter Systemtheorien auf gefährliche ideologische Elemente hin beginnen und zur Reinigung von solchen Elementen schreiten. Eine weitere wichtige Hilfe zur Verbesserung der Politik im Interesse des Menschen und seiner Würde liegt darin, daß sich jedermann ehrlich die Frage stellt, wo er einen unvertretbaren Beitrag zu einer menschengerechten Politik zu leisten hat, und daß jeder dann mit gutem Beispiel vorangeht. Schließlich ist dann auch darauf zu achten, daß gerade im politischen Leben beim Handeln mittels Institutionen möglichst viele geistvolle und schöpferische Menschen die Systeminstitutionen mit Leben füllen und daß solche „charismatische Menschen“ das politische, soziale und wirtschaftliche System samt den damit verbundenen Institutionen ständig einer Reform unterziehen.

Als achttes politisches Gebot läßt sich formulieren: Sei grundsatztreu, aber nicht grundsatzstarr!

9. Ein weiteres Spannungsfeld zwischen Politik und Moral ergibt sich aus der Tatsache, daß die Politik allzusehr um *materielle Güter* kreist, während es in der

Ethik bzw. Moral wesentlich um *Sinngehalte und immaterielle Werte* samt deren Transzendenzbezug geht.

In der Politik spielen die materiellen Güter eine große, mitunter allzu große Rolle. Dabei ist es durchaus von moralischer Bedeutung, daß wirtschaftliche Faktoren den Ideologien und ihren Wirkmöglichkeiten in der Politik Grenzen setzen und daß die Verteilung materieller Güter und damit auch die Verteilung von Lebenschancen eine entsprechende Rolle in der Politik spielen. Die problematische Spannung beginnt dort, wo infolge der Dominanz wirtschaftlicher Themen und Gesichtspunkte moralische, kulturelle und religiöse Werte in der Politik nicht nur in den Hintergrund treten, sondern auch „verkauft“ werden.

Freilich ist die Behandlung immaterieller Werte in der Politik und durch die Politik eine heikle Angelegenheit, heikel vor allem auch deswegen, weil einerseits eine grundsatzlose und zu pragmatische Politik dem nach Sinn fragenden und Sinn suchenden Menschen auf Dauer keine Befriedigung zu geben vermag, weil aber andererseits über immaterielle Werte nicht so leicht eine Einigung, eine Kompromißlösung, zu erzielen ist wie über materielle Güter und weil bei Weltanschauungskonflikten in der Politik eine gewisse Gefahr besteht, daß sie zu den als besonders hart und heiß geltenden Kämpfen um letzte Wahrheiten eskalieren.

Eine befriedigende Lösung der Spannung zwischen dem Unbehagen infolge zunehmender Ökonomisierung und Materialisierung der Politik und der Furcht vor einer Eskalation solcher Ideologisierung der Politik zum letzten Kampf um letzte Wahrheiten wird zu einer behutsam durchzuführenden Gratwanderung. Dabei wird man sich besonders der Tatsache bewußt bleiben müssen, daß es in der pluralistischen Demokratie des ständigen Bemühens bedarf, eine Kultur gesellschaftlicher und damit menschlicher Grundwerte zu betreiben. Eine Kultur der Grundwerte wird auch der zentrale Sinn und Gehalt der immer wieder genannten und geforderten politischen Kultur sein müssen, zu der unten noch einige Bemerkungen angeführt werden sollen.

Als neuntes politisches Gebot kann man formulieren: Strebe materielle Güter so an, daß du dabei immaterielle Werte nicht verletzt, sondern begünstigst!

10. Das zehnte und damit letzte hier zu behandelnde Spannungsfeld zwischen Politik und Moral liegt darin, daß sich auf dem Gebiet der Politik als des interessengeleiteten Kampfes um die rechte Ordnung mit Mitteln der Macht in besonderer Weise die *harte Wirklichkeit des Lebens* zeigt, der gerecht zu werden *Normen und Weisungen* der Ethik nicht so leicht gelingt; denn diese sind in gewisser Weise immer wieder von der *Wirklichkeit des Lebens abgehoben*, also abstrakter Natur. Speziell und individuell sind dabei nicht nur die jeweiligen Situationen des politischen Lebens wie des Lebens überhaupt, sondern speziell und individuell sind vor allem die Menschen und ihre sittlichen und sonstigen Fähigkeiten. Als weiterer Einwand läßt sich die Tatsache nennen, daß sittliche Normen die persönliche Freiheit einengen und zu Zwangsjacken auf politischem Gebiet wer-

den können, wo schöpferische Freiheit oft besonders dringlich ist. Sodann ist die Gefahr zu bedenken, daß sittliche Normen der Erstarrung erliegen, dem Wandel der anthropologischen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten nicht gerecht werden und nicht Hilfe zur Selbstbewältigung, sondern Bremse des Fortschritts sein können und daß sie als Herrschaftsinstrument in den Händen der Mächtigen zu offener oder subtiler Unterdrückung von Untergebenen mißbraucht werden können.

Es hieße nun aber das Kind mit dem Bad ausschütten, wollte man ob der genannten Gefahren und Schattenseiten von Normen diese zur Gänze über Bord werfen. Um nämlich der Gleichheit der Menschenwürde und damit verbunden den Freiheitsansprüchen aller gerecht werden zu können, bedarf es gerade auf politischem Gebiet allgemein verbindlicher Normen, müssen gerade der drohenden Willkür in der Politik moralische Grenzen auferlegt und anzustrebende Ziele gesteckt werden, darf man besonders die Politik aus der Verantwortung allgemein verbindlicher Normen nicht entlassen. Dabei wird es wichtig sein, Normen und Weisungen der politischen Ethik richtig zu formulieren und zu konkretisieren. Auch eine richtig verstandene Ethik der Verantwortung gerade in der Politik vermag die genannte Problematik zu entschärfen.

Daraus läßt sich folgendes Gebot formulieren: Folge auch in der Wirklichkeit des politischen Lebens positiven Grundsätzen, die deinem politischen Wirken Sinn und Ziel geben.

Wege zur Erneuerung der politischen Kultur

Teils wiederholend, teils ergänzend, teils zusammenfassend sollen zum Schluß einige Bemerkungen zur Erneuerung der politischen Kultur gemacht und so von dieser Seite Möglichkeiten einer moralgerechten und damit menschengerechten und menschenwürdigen Politik angedeutet werden.

1. Eine Erneuerung der politischen Kultur hat sich zunächst einmal auf das *Wesentliche* der politischen Kultur zu besinnen. Dieses liegt nicht in irgendwelchen formalen Aspekten des politischen Umgangsstils, sondern im Anschluß an Johannes Messner⁸ im Beitrag der Politik zur Lebensentfaltung eines Volkes als Ganzen mit dem Grundziel der Persönlichkeitsentfaltung seiner Glieder durch Anteilnahme an dieser Lebensentfaltung auf den einzelnen Lebensgebieten. Politische Kultur ist also nicht ein Mittel zur Beherrschung der Gesellschaft, sondern wesentlich ordnende Aufgabe des menschlichen Geistes und menschliche Wertverwirklichung. Da in der Politik als dem interessen geleiteten Kampf um die rechte Ordnung mit Mitteln der Macht infolge des Drucks materieller Interessen die immateriellen Werte der menschlichen Person mit ihren Konstitutiva der Geistigkeit und der Freiheit zu kurz zu kommen drohen, muß eine Erneuerung

der politischen Kultur die Gefährdungen des Humanums in einer von Materialismus und Ökonomismus beherrschten Politik bewußtmachen, wobei selbstverständlich gegen eine entsprechende Berücksichtigung des Materiellen und Ökonomischen in der Politik nicht nur nichts einzuwenden, sondern eine solche zu fordern ist. Eine Erneuerung der politischen Kultur muß mit einer Pflege besonders der geistigen, sittlichen und religiösen Werte auf breiter Basis verbunden sein.

2. Eine Erneuerung der politischen Kultur muß das *Gewissen und seine Verantwortung* neu entdecken und rehabilitieren. Dies bedeutet vieles, auch den Mut, im politischen Leben zur Überzeugung seines Gewissens zu stehen, wenn man dafür auch Nachteile in Kauf nehmen muß, oder lieber seinen Sessel zu räumen, als sein Gewissen zu verraten. Verantwortung des Gewissens heißt dann auch, in seinem politischen Tun und Wirken aus der Überzeugung heraus zu handeln, daß man nicht nur vor den Wählern, sondern auch vor der Stimme seines Gewissens Rechenschaft ablegen muß. Politische Verantwortung bedeutet in diesem Zusammenhang das Bemühen, durch Politik Antwort zu geben zu versuchen auf die verschiedenen Bedürfnisse und Hilferufe der Menschen, vorrangig der Armen, Schwachen und sonstig Benachteiligten.

Damit solche Gewissensverantwortung politisch belohnt und nicht bestraft wird, muß dem Gewissen im Alltag der Bürger und Wähler mehr Raum gegeben werden, als dies allgemein der Fall ist. Überhaupt muß Gewissenhaftigkeit mehr praktiziert als für sich beansprucht werden. So sollte man als Politiker angesichts politischer Skandale nicht vorschnell und vorlaut verkünden, man habe ein reines Gewissen. Solch vorschnelle Vereinnahmung des Gewissens kann ein Indiz für ein besonders abgestumpftes Gewissen sein.

3. Erneuerung der politischen Kultur bedeutet ferner die Mobilisierung möglichst vieler *junger Menschen* für die Politik. Dazu muß zunächst einmal das Gerede von der Politik als schmutzigem Geschäft ersetzt werden durch Max Webers⁹ Sicht der Politik als einer Arbeit, die zu vergleichen ist mit dem Bohren harter Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft zugleich. Der Jugendliche, auch der jugendliche Idealist, der gefährdet ist vom Rausch der reinen Werte und der reinen Worte, gefährdet auch von einer gewissen Berührungsangst mit der Realität, soll wissen, daß die Politik starke Charaktere braucht, die bereit sind, sich in ausdauernder und geduldiger Arbeit wundete Hände und staubige Schuhe zu holen.

4. Erneuerung der politischen Kultur bedeutet sodann das rechtzeitige programmatische und tatsächliche Eintreten für die Werte der *Zukunft*, besonders für die durch den Augenblicksegoismus gefährdeten. Dies gilt vor allem angesichts einer heute vorherrschenden Gegenwartsorientierung, die nur die Bedürfnisse der hier und jetzt lebenden Generation im Blick hat und damit die Lebensvoraussetzungen für künftige Generationen wesentlich beeinträchtigt.

5. Erneuerung der politischen Kultur bedeutet dann auch die *Pflege und Beherrschung der edlen Formen der Macht* zur Überwindung der brutalen Formen,

die Macht des Arguments gegen die Macht des Niederredens, die Macht des persönlichen guten Beispiels gegen die Macht der bloßen Propaganda, die Macht der Gerechtigkeit und der Liebe gegen die Macht des Hasses und der Gewalt, die Macht der dem Guten sich verpflichtet wissenden Freiheit gegen die Macht der Zügellosigkeit. In diesem Zusammenhang ist auch der Diskussionsstil zu überprüfen, der oft darauf angelegt ist, den Diskussionspartner mehr oder weniger elegant niederzureden, ohne auf seine Argumente einzugehen und ohne den Willen, mit dem anderen gemeinsam nach der besseren Lösung zu suchen.

6. Schließlich bedeutet Erneuerung der politischen Kultur eine Besinnung auf die motivierende und orientierende Kraft von Religion und anderer Sinnstiftung. Daß diese Besinnung letztlich die einzelnen je für sich leisten müssen und nicht etwa ein hausierender politischer Katholizismus Religion für politische Zwecke mißbrauchen darf, versteht sich hoffentlich von selbst. In solchem Sinnhorizont kann dann auch Politik als eine besondere Form der Nächstenliebe entdeckt, begriffen werden sowie nicht bloß als Beruf, sondern als Berufung gelten.

7. Sodann ist bezüglich einer Erneuerung der politischen Kultur noch ausdrücklich festzuhalten, was bisher schon angeklungen ist: daß sie nämlich nur zum Teil von den politischen Parteien und ihren Funktionären geleistet werden kann, wobei es wichtig ist, daß diese vor allem dort ihren Beitrag dazu leisten, wo sie unvertretbar sind. Besonders in der Demokratie hat in einem nicht geringen Ausmaß die Erneuerung der politischen Kultur der Souverän zu leisten, *das Volk bzw. der Bürger und Wähler*.

8. Für eine wirksame Erneuerung der politischen Kultur ist es auch wichtig, daß die sinnvollen der immer wieder geforderten und verkündeten *Visionen* rechtzeitig „Hände und Füße“ bekommen.

9. Bedenkt man, daß Politik umschrieben werden kann als interessengeleiteter Kampf um die rechte Ordnung mit Mitteln der Macht, dann wird klar, daß für eine Erneuerung der politischen Kultur *Thomas von Aquin* aktuell bleibt: „Es genügt nicht zur Glückseligkeit, daß der Mensch Gott gleiche in Hinsicht auf die Macht, wenn er ihm nicht auch gleicht in Hinsicht auf die Güte.“¹⁰

ANMERKUNGEN

¹ G. Höhler, *Die Kinder der Freiheit* (Stuttgart 1983) 151 ff.

² Zur Frage der Entmoralisierung des Politischen vgl. auch Politik und Moral. Entmoralisierung des Politischen?, hrsg. v. W. Becker u. W. Oelmüller (Paderborn 1987).

³ V. Zsifkovits, *Politik ohne Moral?* Linz: Veritas 1989. 135 S. (Soziale Perspektiven.) Kart. 29,80.

⁴ Zit. n. Th. Schieder, Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ als Geschichtsquelle (Opladen 1972) 3.

⁵ E. Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale* (München 1980).

⁶ G. Briefs, Zum Problem der „Grenzmoral“, in: *Ausgew. Werke*, Bd. 1 (Berlin 1980) 51–61; ders., *Grenzmoral in der pluralistischen Gesellschaft*, ebd. 62–74. ⁷ G. Briefs, in: *Staatslexikon*, Bd. 3 (Freiburg 1959) 1017.

⁸ J. Messner, *Kulturethik mit Grundlegung durch Prinzipienethik und Persönlichkeitsethik* (Innsbruck 1954) 343.

⁹ M. Weber, *Politik als Beruf* (Berlin 1964) 67.

¹⁰ Thomas von Aquin, *STh I-II*, 2, 4.